

**Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend**

**BERLINER  
EXTRA  
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

3. Februar 1968 - 10/11  
Einzelpreis DM 0.75

### GUTACHTER IM SPRINGER-HEARING: BUNDESTAGSABGEORDNETER MACHT MIT

Auf einer auch von Berichterstattern der Springer-Presse besuchten Pressekonferenz im Republikanischen Club wurde am Freitag das Programm des Springer-Hearings vom 9. bis 11. Februar im Auditorium Maximum der Technischen Universität vorgelegt. Gleichzeitig wurde die Verfahrensweise bekanntgegeben: "Das Hearing folgt keiner starren Verfahrensordnung und imitiert auch nicht die Institution oder die Praxis des parlamentarischen Untersuchungsausschusses." Vielmehr soll jedermann die Möglichkeit haben, anhand der vorgetragenen Analysen und Fakten Fragen an die Berichterstatter und Zeugen zu stellen. Führende Vertreter des Springer-Konzerns, auch der Verleger selbst, sind schriftlich eingeladen worden, am Hearing teilzunehmen. Zahlreiche Zeugen haben ihr Erscheinen fest zugesagt. Ihre Namen wurden aber aus Sicherheitsgründen noch nicht bekanntgegeben, ebensowenig wie Einzelheiten aus den Gutachterthemen. Bei den Gutachtern handelt es sich vorwiegend um Wissenschaftler, aber auch um Journalisten und Schriftsteller. Das Mitglied des Bundestages, Wolfram Dorn, wird als FDP-Notstands-experte zum Thema "Springer-Presse und Notstand" sprechen. Das Hearing verfolgt das Ziel, in einer breit geführten Diskussion die Möglichkeit zu erörtern, Pressefreiheit und die Bildung einer demokratischen Öffentlichkeit zu garantieren und, wenn nötig, wieder herzustellen.

### PROGRAMM DES SPRINGER-HEARINGS

Am Freitag, 9. Februar, ab 18 Uhr: A: Vorstellung und Begründung des Hearings durch Prof. Dr. Werner Hofmann (Marburg), Dipl. Volkswirt Jörg Huffs Schmidt (Westberlin) und Ulrich K. Preuss (zur Zeit Paris). Fragen der Pressekonzentration und Pressefreiheit.

B: Die Geschichte des Springer-Konzerns. Als Gutachter treten auf Dipl. Betriebswirt Jochen Geiger (Westberlin): Springer im Anzeigenmarkt; Peter Sörgel (Westberlin): Der Einfluß der Massenpresse auf die Publizistik. Als Zeugen sagen aus ehemalige Angestellte des Springer-Konzerns.

C: Anwendung der Wirtschaftsmacht des Konzerns gegen Druckereien, Vertriebsorganisationen, gegen nicht-Springer-Zeitungen, durch Anzeigenpolitik. Anwendung der bereits akkumulierten Macht zur Durchsetzung des Konzentrationsprozesses am Beispiel der Konzernpropaganda und der Fernsehkampagne. Als Gutachter treten auf: Dipl. Betriebswirt Bernd Jansen (Westberlin): Die Fernsehkampagne; Dipl. Volkswirt Luise Braun: Springers Marketing. Als Zeugen sagen aus Opfer des Konzerns.

Am Sonnabend, 10. Februar, ab 15 Uhr: D: Die Organisationsstruktur des Springer-Konzerns am Beispiel der Personalpolitik (Auslese Kriterien, persönliche Abhängigkeiten, Aufstiegswege, NS-Vergangenheit, soweit für die heutige Tätigkeit relevant, Arbeitsverhältnisse, Gehälter und Prämien, Entlassungen und Abfindungen) und am Beispiel der

redaktionellen Struktur (der 'großen Linie', redaktioneller Beirat, Redaktionsweisungen, personelle Abgänge aus politischen Gründen, Wandlungen der Redaktionspolitik unter dem Einfluß des Marktes). Als Gutachter treten auf: Dr. Gerd Fuchs (Hamburg): Die Redaktionspolitik der "Welt" seit 1964; Otto Köhler (Hamburg): Selbstdarstellung Springers zur Freiheit seiner Redaktionen; Prof. Dr. Peter Brückner (Hannover): Selbstverständnis Springers als Unternehmer. Als Zeugen werden ehemalige Angestellte des Konzerns und Redakteure seiner Zeitungen aussagen.

E: Strukturelle Teilmärkte und schichtenspezifische Manipulation. Als Gutachter treten auf: Dr. Heribert Adam (Frankfurt): Der "Bild"-Leser; Dipl. Soziologe Wilke Thomssen (Westberlin): Über die Scheinöffentlichkeit der "Bild"-Zeitung; Prof. Dr. Tobias Brocher (Frankfurt): "Bild" und Bartsch; Dr. Völker (München): Die Sprache der "Bild"-Zeitung; Reimar Lenz (Westberlin): Die Sprache der "Welt"; Ulrich Sander (Wiesbaden): Konzentration bei der Jugendpresse; Heiner Schäfer (Frankfurt): Schichtenspezifische Manipulation; Pfarrer Marquardt (Westberlin): Pfarrer in "Bild".

Am Sonntag, 11. Februar, ab 11 Uhr: F: Einzelne Kampagnen des Konzerns, Fälle von Fälschungen mit politischer Tendenz und Fälschungen ohne Tendenz: Als Gutachter treten auf: Dr. Dieter Hirschfeld (Westberlin): Springers Antikommunismus; Martin Buchholz (Westberlin): Springer und die Mauer; Dipl. Politologe Wolfgang Steiner (Westberlin): Kroll und Schröder; Wolfram Dorn (Bonn): MdB: Springerpresse und Notstand; Werner Hermann (Westberlin): Springerpresse und Große Koalition; Dr. Reinhard Küh (Marburg): Springers Antifaschismus; Günther Anders (Wien): Israel-Arabien-Konflikt; Jakob Moneta (Frankfurt): Springerpresse und Gewerkschaften; Lothar Pinkall (Westberlin): Berlin-Syndrom, Berliner Wirtschaft; N.N.: Die Studentenberichterstattung; Otto Köhler (Hamburg): Die Auslandsberichterstattung; Manfred Bissinger (Hamburg): Die Pro-Springer-Kampagne; Erich Kuby (München): Die Springerpresse als 'Sprecher der Nation'.

G: Springer und die organisierte Öffentlichkeit. Als Gutachter treten auf: Dr. Eberhard Sommer, (Westberlin): Pressekommission; Rechtsanwalt Kurt Groenewold (Hamburg): Kritik des BGH-Urteils zur Blinkfuer-Affäre; Christian Semmler (Westberlin): Springer und die Justiz; N.N.: Problematik des Wettbewerbsrechts; Bernhard Blanke (Westberlin): Parlamente und Parteien; Christel Dietze (Westberlin): Die Verbände und Institutionen im Pressewesen; Dr. Johannes Agnoli (Westberlin): Bedingungen und Möglichkeiten einer demokratischen Öffentlichkeit.

#### EXTRABLATT: PRAKTIKEN DES SPRINGER-KONZERNS

Im EXTRA-Dienst GmbH-Verlag ist zu diesem Wochenende ein sechsseitiges EXTRA-Blatt im Rheinischen Format erschienen, das sich mit den Praktiken des Springer-Konzerns beschäftigt. Das Blatt versteht sich als Beitrag zur Vorbereitung des Springer-Tribunals im April und eines Springer-Hearings in der nächsten Woche. Das Blatt erscheint in hoher Auflage in der Bundesrepublik und in Westberlin in Zusammenarbeit mit der Kampagne für Demokratie und Abrüstung. Die Auslieferung des EXTRA-Blatts für die Bundesrepublik hat die Kampagne für Demokratie und Abrüstung, 605 Offenbach 4, Merianstraße 13 (Telefon 88 60 51) übernommen. Der Vertrieb in Westberlin erfolgt durch Straßenhändler, die das Zweigroschenblatt-Blatt ohne eigenen Verdienst absetzen, Institutionen und Organisationen der Außerparlamentarischen Opposition sowie den Verlag.

#### GRIECHENLAND-DEMONSTRATION: "GEWALTFREI WIDERSTEHEN"

Für die Blockierung der griechischen Militärmission ist vom "Komitee der 100 für die Freiheit Griechenlands" ein Aktionsplan ausgearbeitet worden, der den Ablauf der Demonstration am heutigen Sonnabend regeln soll. Treffpunkt: Savignyplatz um 10.50 Uhr. Von dort geht es über die Kantstraße zur Uhlandstraße. Die Blockade soll von 11 bis 13 Uhr dauern. Anschließend findet von 13.30 Uhr bis etwa 16 Uhr ein Teach-in im Auditorium maximum der TU mit einer Dokumentation über die griechische Militärdiktatur und einer Diskussion über die Wirksamkeit der Demonstration sowie künftiger Aktionen statt. Eine Konfrontation mit der Polizei soll bewußt vermieden werden. Beim Einsatz von Prügel-Griechen soll die Gegenwehr so sparsam wie möglich sein. Es wird empfohlen, "für den Fall des Einsatzes von Wasserwerfern Ersatzkleider im Plastikbeutel" mitzu-

bringen, "der auch als Sitzkissen verwendet werden kann". Das Komitee rät: "Wer nicht sicher ist, daß er gewaltsamen Angriffen gewaltfrei widerstehen kann, möchte sein Engagement für die Freiheit Griechenlands bei anderer Gelegenheit unter Beweis stellen." Die Anwohner des Savignyplatzes, der Kantstraße und der Umlandstraße werden durch Flugblätter über die Demonstration informiert. Inzwischen sind etwa 50 000 Flugblätter mit der Aufforderung zur Teilnahme verteilt worden. Über 1000 Demonstranten haben sich schriftlich mit dem Prinzip der absoluten Gewaltlosigkeit und dem Verzicht auf Notwehr einverstanden erklärt.

Durch einen Trick hat der Senat, ohne daß ein Genehmigungsantrag gestellt worden wäre, die Aktion offiziell für zulässig erklärt. Briefe des Komitees der 100 an den Regierenden Bürgermeister Schütz und an Innensenator Neubauer mit der Aufforderung, sich an der Aktion zu beteiligen, wurden "zuständigkeitshalber" an den Polizeipräsidenten in spe, Moch (CDU), weitergeleitet, der die Demonstration daraufhin schriftlich genehmigte.

#### GRIECHENLAND-AUFRUF KIESINGERS: ALLERDINGS JAHRGANG 1941

In Bonner Kreisen wird sarkastisch darauf hingewiesen, daß die von der Opposition geforderte Erklärung gegen das griechische Militärregime von der Dienststelle Kiesinger schließlich bereits abgegeben worden sei. Der Wortlaut der Erklärung:

"Hier spricht die Stimme der Zukunft! Hier spricht Hellas zu Hellas! Griechenland lebt und wird leben! Brüder, seid auf der Hut! Die Stunde verlangt es! Wir sind Euch nahe, wir sind schon mitten unter Euch! Wir fühlen mit Euch jeden Augenblick!

Die Stimme des griechischen Patriotismus ruft Euch! Sie erhebt sich nicht allzuweit von Athen, aus den unsterblichen griechischen Bergen. Von Tag zu Tag schwillt sie stärker an. Ihr Echo erklingt bereits aus den Reihen der Kameraden und Kämpfer. In alle Ecken Griechenlands, in jedes Patriotenherz, dringt unser Wort und schwillt an zu einem Orkan, der Griechenlands Zukunft erobert.

Wir sind keine Kritikaster, keine kränklichen Nörgler. Wir sammeln und vertreten die schöpferischen Kräfte unseres geliebten Vaterlandes. Wir stehen über jeder Partei, über allen eigennützigen Interessen und persönlichem Ehrgeiz.

Ziel und Leitsatz ist für uns das Allgemeine Wohl, die Rettung und das Glück unseres Griechenlands, Mitkämpfer, Freunde und Kameraden sind alle diejenigen, die mit uns für das Vaterland fühlen und diejenigen, die an seine Zukunft denken. Mit uns ist das Griechenland von Morgen!

Brüder, hört her auf uns! Der Segen der Kirche ist über uns, Gott ist mit uns. Unser Kampf wird geführt von starken Einheiten des griechischen Heeres und unsere geheimen Mittelsmänner in der Regierung brennen darauf, uns die Macht zu übergeben! Vorwärts, Kinder! Jeder, der an Griechenland glaubt und der guten Willens ist, wird von uns aufgenommen!

Brüder, hört her auf uns! Hier ist der unabhängige griechische Sender 'Vaterland' auf Welle 46,8 m. Hier spricht Hellas zu Hellas! Unser Sender ist das Organ der politischen Geheimorganisation Griechenlands, in der die wahrhaften griechischen Patrioten alle vereint sind."

Beim "Sender Vaterland" handelte es sich um einen NS-Propagandasender, der 1941 den Einmarsch der deutschen Truppen nach Griechenland propagandistisch vorbereitete, indem er auf die "enge Zusammenarbeit" griechischer Quislinge mit den Deutschen hinwies. Unmittelbar nach dem vorstehend abgedruckten Aufruf verbreitete der Sender eine Meldung, wonach die Engländer das Trinkwasser Athens mit Typhusbazillen infiziert hätten. "Sender Vaterland" und die über ihn verbreiteten Propaganda- und Greuelnachrichten waren Produkte der "Rundfunkpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt", die der jetzige Bundeskanzler Kiesinger 1941 stellvertretend leitete. Quelle für den Aufruf: "Mißbrauchte Mikrofone - deutsche Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg", von Reimund Schnabel im Europa-Verlag Wien, 1967.

#### GRIECHEN-DIKTATUR: EINSCHÜCHTERUNG VERSTÄRKT

Immer stärker werden die Einschüchterungsversuche der griechischen Militärmission und des Beauftragten des griechischen Arbeitsministeriums in Westberlin gegenüber griechischen Arbeitern und Studenten. Zu Veranstaltungen, auf denen Vertreter der Mi-

litärmission Propagandareden halten, werden Arbeiter mit Charterbussen aus ihren Wohnheimen abgeholt. Abwesende werden auf Listen notiert und mit Repressalien ihrer in Griechenland lebenden Verwandten bedroht. In einer von den Vertretern des Arbeitsministeriums in den westdeutschen Großstädten aufgestellten Liste wurden fast 3000 in der Bundesrepublik und Westberlin lebende Griechen sowie 219 Deutsche den Sicherheitsbehörden in Athen als aktive Anti-Faschisten gemeldet. Auch die bisher unabhängige Gemeinschaft der Griechen in Westberlin, die sich um soziale und kulturelle Belange ihrer Landsleute kümmert, möchte die Militärmission mehr als bisher kontrollieren. In dieser Gemeinschaft sind etwa 1200 der 2000 Griechen in Westberlin organisiert. Bei den kommenden Vorstandswahlen Mitte Februar will eine neugegründete Rechts-Gruppierung, die finanziell von der Militärmission unterstützt werden soll, ihre Vertreter aufstellen. Die nötige Stimmenzahl soll wiederum durch eingeschüchterte griechische Arbeiter, die in Bussen zur Versammlung gebracht werden, erreicht werden.

#### LANDTAGSWAHL BADEN-WÜRTTEMBERG: DROHT ABSOLUTE CDU-MEHRHEIT ?

Meinungsumfragen in Baden-Württemberg haben die SPD in Stuttgart und Bonn alarmiert. Für die CDU (letzte Wahl: 39,5 %) wurde ein erheblicher Zugang errechnet, für die SPD (letzte Wahl: 35,3 %) starke Stimmverluste. Die SPD wird nach den Prognosen am 28. April sowohl Stimmen an die "Demokratische Linke" (geschätzt: 3,5 Prozent) als auch an die NPD (geschätzt: 7 Prozent) verlieren. Auch SPD-Wähler, die zur Oppositionspartei FDP umschwenken, werden erwartet. Die CDU kann bei einem Stimmenanteil von rund 47 Prozent, den man ihr zutraut, bereits die absolute Mehrheit erringen. Die Meinungsumfrager rechnen allerdings mit etwa 45 Prozent für die CDU, 32 Prozent für die SPD.

#### 14 TAGE DURCH DIE UdSSR: FRIEDENSZUG 1968

Der "Friedenszug 1968 Bundesrepublik - UdSSR" bietet die Möglichkeit, verhältnismäßig preiswert die Sowjetunion kennenzulernen. Der Zug verläßt Westberlin am 23. Mai und ist bis zum 8. Juni unterwegs. Vorgesehen sind Aufenthalte in Ostberlin, Warschau, Minsk, Leningrad, Moskau und Kiew. Die Kosten, einschließlich Fahrt, Übernachtungen und Verpflegung liegen unter 500 Mark. Auskünfte erteilt der Landesrat der Friedensfreunde Niedersachsens in 3 Hannover, Engelhosteler Damm 128.

#### ARABIEN-HILFE GEGRÜNDET: GEGENSÄTZE IN NAHOST AUSTRÄUMEN

In Westberlin hat sich als eingetragener Verein die "Arabien-Hilfe e. V." konstituiert. Vorsitzender ist der durch seine "Aktion Kaiserdamm" bekanntgewordene Dr. Eberhard Sommer. Auf einer Pressekonferenz wurde bekannt, daß der Verein aus einer auf Privatinitiative beruhenden Spendenaktion, die unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen zwischen Israelis und Arabern einsetzte, hervorgegangen ist. Sammlungen des Vereins sollen dem Hilfswerk der UN für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten zugutekommen; bekanntlich sind zu den 750 000 arabischen Flüchtlingen des Jahres 1948 durch die jetzigen Kampfhandlungen 200 000 in Jordanien, 116 000 in Syrien, 38 000 in der VAR hinzugekommen (Angaben der UN-Behörde). Durch ein nur karikatives Engagement könnten die vorhandenen Gegensätze aber nur verdeckt, anstatt erhellt werden, heißt es in einer Presseerklärung: "Der Verein hat sich deshalb zur Aufgabe gesetzt, durch öffentliche Diskussionen, Vorträge, Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Institutionen auf breiterer Ebene Informationsmöglichkeiten über den Nahen Osten zu beschaffen." Der Verein gibt zu erwägen, ob eine Lösung des Flüchtlingsproblems "durch Öffnung der Grenzen als Alternative zum permanenten Konflikt" nicht besser wäre, "indem sich ein Staat bildet, der Araber und Israelis gleichberechtigt umfaßt". Der Verein hat Konten beim Postscheckamt Berlin-West (2255), bei der Bank für Handel und Industrie (680 808) und bei der Bank für Gemeinwirtschaft (50 29) eingerichtet, auf die Spenden eingezahlt werden können.

#### EXTRA ÜBER UNS

DIE STAATSANWALTSCHAFT meldete sich am Erscheinungstag von EXTRA-Dienst 9/II - indem wir über einen neuen Justiz- und Polizeiskandal im Bild berichteten - bei Rechts

anwalt Mahler und ließ wissen: Die eingestellten Ermittlungen im Verfahren von Götz F. gegen drei Prügel-Polizisten würden wieder aufgenommen und auf den Verdacht der Begünstigung im Amt ausgedehnt. EXTRA-Dienst hatte seine Darstellung so geschlossen: "Dieser Fall ist jetzt öffentlich, er kann nicht mehr vertuscht werden."

ERWIN LEISER, Direktor der Westberliner Filmakademie, schreibt uns einen Brief, in dem er größtenteils Dinge dementiert, die bei uns (EXTRA-Dienst 3/II) gar nicht gestanden haben. EXTRA-Dienst hatte aus einem ausführlichen Artikel in "Expressen" einige kennzeichnende Passagen übersetzen lassen. Wir hatten Herrn Leiser gebeten, uns mitzuteilen, was er für nötig hielt; aber möglichst nicht mehr, als wir geschrieben hatten. Daraus macht Herr Leiser, es würde ihm verwehrt, eine ausführliche "Berichtigung" zu geben. Zu unserer 16-Zeilen-Meldung schreibt Herr Leiser nun in 19 Zeilen:

"Zu meinem Bedauern stelle ich fest, daß sich der "Berliner EXTRA-Dienst" mir gegenüber einer Methode bedient, die er der Springer-Presse zuschreibt und die Goebbels zur Meisterschaft entwickelt hatte. Es wird ein Artikel von mir in der Stockholmer Zeitung "Expressen" völlig entstellt wiedergegeben und mir gleichzeitig verwehrt, eine ausführliche Berichtigung zu geben. Der Artikel, dessen Überschrift "Demokratie in der Klemme zwischen rechts und links" ich nicht gesetzt hatte, enthält die Attribute "Neid und Mißgunst" und "heuchlerisch" überhaupt nicht und das Wort "Utopie" wird bei der Darstellung der Zukunftsvision opponierender Studenten referierend und nicht als Werturteil verwandt. Der Artikel setzt kein Gleichheitszeichen zwischen Rechtsradikalismus und linksradikaler Opposition, im Gegenteil warnt er vor Vergleichen und mahnt zur Vorsicht bei der Verwendung des Wortes Faschismus. Er wirft allerdings einer aktiven Minorität der außerparlamentarischen Opposition vor, den Vormarsch der NPD nicht zu hindern und nicht zwischen progressiven und reaktionären Kräften im Establishment zu unterscheiden. Der Artikel endet mit dem Hinweis, daß man "gleichzeitig mit der Stellungnahme zu den Forderungen der Studentenopposition - wobei zwischen berechtigten Forderungen, die zu erfüllen sind, und unberechtigten zu unterscheiden ist - eine andere Kategorie von Gegnern der deutschen Demokratie nicht vergessen darf. Sie sind nicht ebenso laut aber dafür gut organisiert. Sie operieren auf der äußersten Rechtskante und sind bereits einmal in der deutschen Geschichte furchtbar unterschätzt worden."

#### HINWEISE DER REDAKTION

PROBLEME DER RÄTEDEMOKRATIE behandelt die Westberliner Evangelische Akademie vom Montag, 12. Februar, bis Mittwoch, 14. Februar. Die Tagung beginnt am ersten Abend um 19.30 Uhr und wird an den beiden nächsten Tagen jeweils um 17.30 Uhr weitergeführt. Es referieren Prof. Dr. Anweiler (Bochum), Franz Humpert (Frankfurt), Bernd Rabehl (Westberlin), Prof. Dr. Gottschalch (Westberlin). Anmeldung wird bis 9. Februar unter Telefon 32 54 03 erbeten.

AUF SEITE 10 dokumentieren wir im Faksimile ein Schreiben des Westberliner SDS an das ZK der KPdSU im Zusammenhang mit den Prozessen gegen Schriftsteller in der Sowjetunion.

EINIGE NUMMERN des Jahrgangs 1967 von EXTRA-Dienst sind beim Verlag noch zu erhalten. Und zwar die Ausgaben 17-19, 27-28, 30, 32-33, 35-36, 39, 41-54, 57-60, 62-64.

#### MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

SONNABEND, 3. Februar, 20 Uhr, setzt Dr. Rattner seinen psychologischen Vortragszyklus mit "Die psychoanalytische Trieblehre und die Theorie der Aggression" fort.

MITTWOCH, 7. Februar, 20 Uhr, diskutieren Konsistorialrat von Wedel, Studentenpfarrer Tietz und FU-Assistent F. W. Marquardt über den Konflikt zwischen Studenten und Kirche.

DONNERSTAG, 8. Februar, 20 Uhr, spricht der Herausgeber von "Das Mitteleuropäische Deutschland", Peter Schilinski, zum Thema "Was ist eine konkrete Utopie und wie könnte sie aussehen?"

## FREIE UNIVERSITÄT: STUDENTENSCHAFT TREIBT AStA

Die Entwicklung an der Freien Universität in den letzten Tagen hat die Vorwürfe ad absurdum geführt, eine "kleine Minderheit", die sich noch dazu im AStA verschanzt habe, zwingt der Gesamtstudentenschaft ihren Willen auf. Das Gegenteil ist der Fall: Eine große Mehrheit von Studenten will jetzt die jahrelang verschleppte öffentliche Diskussion über die Reform der Westberliner Hochschulen erzwingen.

Ausgangspunkt der neuen Auseinandersetzung war die Haltung einiger Professoren am Romanischen Seminar, die auf die Forderung nach einer Diskussion über das Grundstudium mit einer Schließung ihres Seminars antworteten. Dieser autoritäre Akt, der nicht einmal mit dem im Vergleich zu anderen Universitäten schon liberaleren Geist der Hochschulverfassung der FU in Einklang zu bringen ist, brachte die schwelende Spannung zum offenen Ausbruch.

Der Weg der Eskalation: Im Dezember weigern sich die Professoren des Romanischen Seminars (RS) aus formellen Gründen, mit ihren Studenten über das Grundstudium zu diskutieren. Eine Vollversammlung des RS beschließt, diese Diskussion in den Grundstudiumkursen zu erzwingen. 17.1.1968: In der Sitzung der Philosophischen Fakultät wird die Vollversammlung als "Flegelei" bezeichnet; man behauptet, die Dozenten würden von der Arbeit abgehalten. 24.1.1968: Das RS sperrt die Studenten für eine Woche aus Seminaren und Vorlesungen aus. Der Rektor verurteilt das studentische Bemühen um Diskussion als "gezielte Provokation". 30.1.1968: Die Vollversammlung der Philosophischen Fakultät fordert, die Vorfälle im RS öffentlich zu diskutieren. Rektor, Dekan und Direktor des RS weigern sich, einer Einladung zur Diskussion nachzukommen. 31.1.1968: Die Dozenten im RS lehnen es auf einer Diskussionsveranstaltung ab, grundsätzliche Änderungen im Grundstudium zuzulassen. Am gleichen Tag Sitzung der "Hohen Fakultät". Die Professoren stellen dem anwesenden Studentenvertreter die Alternative, die Sitzung zu verlassen oder Vertraulichkeit der Beratung zu garantieren. Der studentische Sprecher erklärt, die Vertraulichkeit verstöße gegen die studentischen Interessen und verläßt die Sitzung. Daraufhin beschließen die Studenten, die Öffentlichkeit zu erzwingen. Im Gedränge wird eine Nebentür zerstört. Die Professoren ziehen aus, einige Studenten dringen in das nunmehr leere Beratungszimmer ein. Der FU-Rektor Harndt erklärt: Das ist brutaler Terror, und vergleicht die studentischen Proteste mit dem Eindringen von SA-Männern in jüdische Wohnungen.

Die Studentenschaft, die dem "Ratschlag" des Establishments folgend, sich wiederum "dem universitären Bereich" zuwandte, stellt fest, daß ihr - egal ob sie Demokratisierung innerhalb oder außerhalb des Hochschulbereichs fordert - "terroristische Methoden" unterstellt werden; will heißen: das Establishment weigert sich, die Demokratisierung der Gesellschaft auch nur zu diskutieren und bezeichnet bereits eine erzwungene Diskussion als Terror.

## NICHT-SPRINGER-PRESSE: ATTACKEN GEGEN POLIT-JUSTIZ

Zwei nicht zum Springer-Konzern gehörende Tageszeitungen Westberlins haben in dieser Woche die politisierende Justiz dieser Stadt angegriffen. In ungewöhnlich harter Form attackierte der sonst eher betuliche "Tagesspiegel" in seiner Freitagausgabe unter Bezugnahme auf das Foto- und Textmaterial des EXTRA-Dienstes (Ausgabe 9/II) die Staatsanwaltschaft wegen der Einstellung des Verfahrens gegen drei Prügel-Polizisten (siehe auch: EXTRA über uns). - "Telegraf"-Herausgeber Arno Scholz protestierte, wie aus Justizkreisen zu erfahren war, geharnischt gegen einen versuchten Eingriff in die Pressefreiheit beim "Telegraf". Justizpressestellen-Leiter Ebert hatte sich beim "Telegraf" über eine angeblich "tendenziöse" (in Wirklichkeit sachliche) Berichterstattung über die Vorgänge beim "Africa-Addio"-Prozeß beschwert und dabei vor allem Artikel des "Telegraf"-Journalisten Heino Eggers angesprochen. Scholz wies diese Beschwerde als Versuch, die freie Berichterstattung zu zensieren, zurück.

SO MACHT MAN EINEN REIBACH/VON CARL L. GUGGOMOS

Eine merkwürdige Geschichte ist das: Axel Caesar Springer fühlt sich von einem ehemaligen Direktor seines Hauses betrogen, Handwerker und Baufirmen fühlen sich von Axel Caesar Springer übers Ohr gehauen, Gerichte werden beschäftigt - versuchen wir, den Fall zu entfädeln.

Es beginnt mit Werner Maurer, geboren 1911 in Mainz. Er nennt sich seit 1935 "Doktor". Den Titel hat er sich mit Hilfe einer selbstgefertigten Beglaubigung, erschlichen. Der Mann war Mitglied der Allgemeinen SS, Mitglied der NSDAP, wird von den Amerikanern zuerst als "Mitläufer" eingestuft und dann als "Schwarzhändler" belangt. Er arbeitet bei einigen süddeutschen Firmen und landet 1954 bei der Ullstein AG, wird 1960 von Springer in die Ullstein GmbH übernommen. Am 13. März 1961 wird er von Springer fristlos entlassen.

Seit 1958 baut dieser Maurer an einem Haus in der Westberlin-Dahlemer Gelfertstr. 36. Dieses Haus wurde Maurer von der Ullstein AG 1958 für den Preis von 57 400 DM (Einheitswert: 66 500 DM) verkauft. Für alle Baubeteiligten war das Haus ein Repräsentationshaus der Firma Ullstein, in dessen oberen Teil die Familie Maurer wohnen sollte. So nahm es wohl nicht wunder, daß alle Rechnungen nicht vom Maurer - dem das Haus "offiziell" gehörte - bezahlt wurden, sondern von der Ullstein AG. Der Ausbau des Hauses verschlang, inklusive gelieferter Gardinen, Glühbirnen und Rosenbüsche im Garten, 711 000 DM. In den Rechnungen der Lieferanten schlug sich das nieder als "Standregale im Buchvertrieb", "Renovierungsarbeiten im Ullstein-Haus", "Elektroinstallation in der Tiefdruckrotation". Dies alles ist gerichtsnotorisch. Dann am 19.12.1963 wurden leitende Angestellte des Hauses Ullstein zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. Maurer erhielt viereinhalb Jahre Gefängnis.

Nun aber tritt das Haus Springer in Aktion. Nach der Entlassung Maurers legt Springer durch Sicherungsübereignungsvertrag Hand auf das Dahlemer Haus und ein Maurer in Holzkirchen gehörendes Grundstück, das ebenfalls auf Ullstein-Kosten aus- und umgebaut wurde. Die Übereignung hatte den Wert von 700 000 DM. Im April 1961 wurde die Ullstein GmbH, also Springer, Eigentümer des Hauses Gelfertstraße. Kaufpreis 170 000 DM. Nach der Verhaftung Maurers im Juni 1961 wurde Springer durch Grundbucheintragung auch Eigentümer des Holzkirchener Hauses. Kaufpreis 170 000 DM. In dem Strafverfahren gegen Maurer erfahren Staatsanwalt und Gericht nichts von den Eintragungen in die Grundbücher, wenn sie davon erfahren haben sollten, ist es merkwürdig, daß ständig mit falschen Zahlen operiert werden konnte.

So trat vor Gericht ein Springer-Bevollmächtigter namens Dr. Rust auf, der jammerte, das Haus Gelfertstraße würde keine 200 000 Mark mehr bringen - obwohl es gerade acht Tage zuvor für 300 000 Mark von der Ullstein GmbH an die Springer KG verkauft worden war. Das Gericht, das über diese Verkäufe - auch den des Hauses in Holzkirchen für rund 225 000 Mark, auch den der Möbel beider Häuser im Werte von rund 100 000 Mark - offenbar im unklaren war, stellte trotzdem fest: "Der hier entstandene Schaden von DM 1 332 170,90 ist voll ersetzt worden."

Die volle Schadensersatzung aber reichte dem Hause Springer wohl nicht. Denn jetzt ging man gegen die Handwerker vor, die trotz voll erbrachter Leistungen die erhaltenen Rechnungsbeträge zurückzahlen sollten. Einige taten es, so die Firma Beton und Monierbau AG, die 670 000 DM als Vergleich bezahlte; so andere Firmen, die rund 50 000 Mark zurückzahlten. Wieder andere handelten die verlangten Summen (110 000 und 34 000 Mark) auf 3000 bis 3500 Mark herunter. Andere schließlich weigerten sich, überhaupt zu bezahlen.

Rechtens gewesen wäre wohl: Das Haus Springer hätte die gezahlten Rechnungssummen zurück verlangt und dafür die Häuser zur Verfügung gestellt. Aber man behielt die Häuser, verramschte sie, teilweise konzern-intern, und wollte auch noch das Geld für die bezahlten Rechnungen zurück.

So macht man einen Reibach.

USA: KRIEG MIT GAS UND BAKTERIEN ( III UND SCHLUSS)

In Nummer 8 begann EXTRA-Dienst mit einem dokumentarischen Report über die Anwendung von chemischen und bakteriologischen Kampfmitteln durch die USA in Vietnam. In den beiden ersten Folgen informierten wir über die Eskalation des Chemie- und Bakterienkrieges seit 1961 und über die gegenwärtigen Forschungen der USA auf diesem Gebiet. In der heutigen Folge beschäftigen wir uns unter anderem mit der versteckten westdeutschen Beteiligung an den US-Kriegsverbrechen in Vietnam. Einen Quellenhinweis hatten wir in Nummer 8/II ausführlich gegeben.

Von den Infektionskrankheiten, über die in den USA in Hinsicht auf eine mögliche Verwendung in einem Bakterienkrieg Forschungen angestellt werden, wird genannt: unter den Bakterienkrankheiten der Milzbrand, die Ruhr, das Maltafieber, der Rotz, die Pest und die Tularämie; unter den Reckettsienkrankheiten das Q-Fieber und das Purpurfieber der Rocky Mountains; unter den Viruskrankheiten das Dengue-Fieber, verschiedene Arten von Gehirnentzündungen, die Papageienkrankheit und das Gelbfieber; zuletzt noch eine Krankheit, die durch Pilze verursacht wird: die Cocidioidomykose (Science, 13.1.67).

Generalbrigadier J.H. Rothschild widmet in seinem Buch "Tomorrow's weapons" 45 Seiten der Beschreibung von zweiunddreißig Krankheiten, die für den bakteriologischen Krieg von Interesse sind. Wir fassen zusammen, was er über drei davon schreibt:

"Beulenpest: Wenn sie nicht gepflegt wird, ist ihr Ausgang häufig tödlich. Mit einer entsprechenden Behandlung geht die Sterblichkeit auf weniger als 10 Prozent zurück. Die Ratten, als Mikroben-träger, verbreiten die Krankheit, welche zuerst schmerzhaftes Schwellen hervorrufen und danach zu schwerwiegenden Blutungen der Lungen- und Verdauungswege führt."

"Milzbrand: Die Krankheit kommt in zwei Formen vor, als Haut- und als Lungenkrankheit. Die Hauterkrankung ist mitunter tödlich, die eitrige Lungenerkrankung ist es beinahe immer. Die Ausbreitung auf dem Luftwege würde es ermöglichen, ein großes Ausmaß an Lungenvereiterungen zu erreichen."

"Tularaemie: Es handelt sich um eine Krankheit der Nagetiere (Ratten, Hasen), welche sie auf den Menschen übertragen. Sie kann bei letzterem verschiedene Störungen, darunter eine oft tödliche Lungenentzündung, hervorrufen."

Die Folgen des Bakterienkrieges sind nicht vorauszusagen. Eine Bevölkerung, die vom Krieg heimgesucht, von Hunger und Entbehrungen und durch die mangelhaften sanitären Bedingungen geschwächt ist, wird gegen Infektionskrankheiten nur eine stark verminderte Abwehrkraft besitzen. Die Epidemie, die durch das Wasser, die Nahrungsmittel, die Insekten, die Tiere und die menschlichen Kontakte verbreitet wird, wird sich mit Blitzeseile entwickeln können.

John Edsall von der Universität von Harvard: "Es werden zuerst die kleinen Kinder, alte Leute und die Kranken befallen; diese werden die ersten Opfer sein."

Der ostdeutsche "Deutsche Fernsehfunk" hatte vor einiger Zeit in seiner Kriminalserie "Der Schwarze Reiter" behauptet, westdeutsche Unternehmungen stellten neuartige bakteriologische Kampfmittel für den Einsatz in Vietnam im Auftrag des Pentagon her. Daraufhin kam es bei Arbeitern der Farbwerke Hoechst zu lebhaften Diskussionen. Offizielle Dementis der Betriebsleitung gab es jedoch nicht.

Bekannt ist immerhin folgendes: Die Brüsseler Zeitung "Le Drapeau Rouge" berichtete am 24. Juli 1965, daß die Bayer-Werke Leverkusen an die USA Patente für Kampfstoffe verkauft haben. Bayer, beteiligt an der Chemagro Corporation in Kansas City, Missouri, liefert über diese Firma auch selbst Kampfstoffe für den Krieg in Vietnam.

Die Londoner Zeitung "Eastern World" berichtete in ihrer Juli-Ausgabe 1966 über die internationale Verflechtung der chemischen Kampfmittel-Herstellung:

"Die Amerikaner haben reges Interesse an den neuen, äußerst wirksamen Kampfgasen

bekundet, die in westdeutschen Laboratorien auf der Grundlage der zur Zeit des zweiten Weltkrieges von der IG-Farben-Industrie hergestellten Gase entwickelt werden. So wurde eine Vereinbarung getroffen, mehrere Sachverständige der Farbwerke Hoechst AG nach den USA zu entsenden und den USA die notwendigen Unterlagen und Angaben für die Herstellung tödlicher Gase vom Typ Zyklon B zu überlassen, das die Nazis im vergangenen Krieg in großem Maße in ihren Todeslagern verwendeten und mit dessen Anwendung für nicht weniger grausame Zwecke die Amerikaner in Südvietnam bereits begonnen haben. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Washington und Bonn auf diesem Gebiet wird in gewissem Maße durch das Bestehen langjähriger Produktionsverbindungen zwischen den jeweiligen Industrieunternehmen erleichtert. Die amerikanische General Aniline and Film Corporation spielt die Rolle eines Mittelmannes zwischen den drei Firmen, auf die die Rechte der IG-Farben-Industrie übergegangen sind, und den großen amerikanischen Chemiegesellschaften. Vor dem Kriege war die General Aniline ein Zweigunternehmen der IG-Farben. Da die Deutschen der Möglichkeit beraubt sind, bei sich eine umfangreiche Produktion chemischer und bakteriologischer Waffen zu entfalten, tun sie dies in anderen Ländern. So benutzen die Bayer-Werke AG und die Farbwerke Hoechst auf der Grundlage eines Abkommens mit der amerikanischen und der spanischen Regierung ihre Aktienbeteiligung an den Chemiegesellschaften Spanish Cross und Fabricacion Nacional de Colorantes Explosivos SA. in Barcelona, um gewisse Kampfgase herzustellen, die dann von den USA-Truppen in Vietnam eingesetzt werden. Die Bayer-Werke haben in Südafrika in der Nähe von Johannesburg eine Fabrik zur Herstellung von Kampfgasen gebaut, und mit einigen anderen Ländern sollen ebenfalls Abkommen über den Bau ähnlicher Anlagen abgeschlossen worden sein. "

Eine westdeutsche Beteiligung an der Vernichtung der Lebensgrundlagen des vietnamesischen Volkes durch die Entlaubung des Dschungels und die Verseuchung der Reisfelder scheint ebenfalls erwiesen:

Die Bayer-Werke Leverkusen, die seit Jahren auf dem Gebiet der Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfung große Erfahrungen gesammelt haben, liefern solche Mittel in die USA. In konzentrierter Form dienen sie nicht dem Pflanzenschutz, sondern der Pflanzenvernichtung. Seit Mai 1966 werden größere Mengen von Totalherbiziden per Lastzug zum holländischen Hafen Rotterdam und von da aus per Schiff nach Südvietnam verfrachtet. Diese Totalherbizide zeichnen sich bei Anwendung in konzentrierter Form durch hohe Toxizität und vernichtende Wirkung auf Kulturpflanzen, beispielsweise auf Reis, aus. Arbeiter des Werkes von Bayer in Dormagen, von wo aus die Totalherbizide verfrachtet werden, erklärten, der Inhalt der Fässer sei äußerst gefährlich: Berührungen würden Schädigungen der Haut, des Gewebes und der Knochen auch bei Menschen hervorrufen. Dies sei ihnen nicht nur theoretisch bekannt.

Die Beladung der Fahrzeuge - vor allem Fahrzeuge der Spedition Heinz Walter aus Düsseldorf - erfolgt durch werkseigene Kommandos, die mit Schutzmasken, Schutzanzügen und Schutzhandschuhen ausgerüstet sind. Die Behälter haben als Bezeichnung nur Buchstaben und Ziffern; allerdings weist ein Totenkopf auf die Gefährlichkeit des Inhalts hin. Seit 1967 werden die Transporte nicht mehr allein über Rotterdam, sondern auch über Hamburg abgewickelt. Die Fahrer des gefährlichen Gutes erhalten bei Fahrtantritt einen Sonderausweis, der staatliche Stellen zur Unterstützung bei etwaigen Unfällen verpflichtet.

Wie schrieb doch Springers "Welt" am 31. 3. 1965, als bekannt wurde, daß die Amerikaner in Vietnam Gas einsetzen und den Dschungel nicht mehr allein mit einem Napalm-Regen belegen, sondern ihn "entlauben"?

"Der allgemeine Aufschrei gegen den Gaseinsatz in Vietnam ist eines der merkwürdigsten Beispiele dafür, daß Emotionen stärker sind als die Vernunft, denn Gas gehört zu den humansten Waffen, die jemals im Kriege angewendet worden sind. "

Der SDS Landesverband Berlin  
an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion



Liebe Genossen,

wenn wir als Sozialisten Kritik an der UdSSR üben, dann halten wir dies keineswegs für eine Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ der UdSSR, sondern für ein Gebot des proletarischen Internationalismus. Die KPdSU hat schließlich schon mehrfach auf die historische Bedeutung hingewiesen, die der Sowjetunion zukommt als dem Lande, in dem zum ersten Male in der Geschichte die Arbeiterklasse die politische Macht ergriffen hat.

Es ist unbestreitbar, daß die innere Entwicklung der UdSSR einen starken Einfluß auf den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern ausübt. Gerade dies zwingt uns, die wir in der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland und Westberlin für den Sozialismus kämpfen, zu solchen Erscheinungen wie dem Prozeß gegen Juri Galanskow, Alexander Ginsburg, Alexej Dobrowolski und Vera Laschkowa Stellung zu nehmen.

Beim Prozeß gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa ist genug geschehen, um Mißtrauen gegen die Prozeßführung zu erzeugen. Die Untersuchungshaft wurde über die gesetzlich erlaubte Zeit hinaus ausgedehnt; die Prozeßführung war nach den spärlichen Nachrichten zu urteilen autoritär; die Urteilsbegründungen sind fadenscheinig. Am schwerwiegendsten aber ist, daß dieser Prozeß unter Ausschluß einer weiteren Öffentlichkeit stattgefunden hat. Dies ist völlig unverständlich. Entweder haben die Angeklagten Meinungen vertreten, die für die sowjetische Öffentlichkeit unwichtig sind, dann muß man fragen, warum überhaupt Anklage erhoben wurde. Oder aber die juristischen Organe der UdSSR messen den Ansichten der Angeklagten zu Recht so große politische Bedeutung bei, daß ihnen ein juristisches Verfahren notwendig erscheint. Dann müßte jedoch das Interesse an einer allgemeinen öffentlichen Diskussion dieser Ansichten noch größer sein.

50 Jahre nach dem Sieg der großen sozialistischen Oktoberrevolution ist die sowjetische Staatsmacht so fest verankert, daß die Nicht-Öffentlichkeit politischer Prozesse nicht mehr mit der Notwendigkeit des Schutzes des jungen Sowjetstaates begründet werden kann. Die Partei des Proletariats, die schöpferische Initiative der Massen gerade auch in den politisch-ideologischen Bereichen zu entwickeln. Das heißt aber auch, daß die Massen bei politischen Gerichtsverfahren das Recht auf eine allgemeine politische Diskussion haben und die Pflicht, diese Diskussion zu führen. Nun hat die Justizbürokratie im Fall Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa nicht nur nichts getan, um eine allgemeine Diskussion zu fördern, sie hat sogar alles getan, um diese Diskussion zu verhindern.

Die Entfaltung der Produktivkräfte in der Sowjetunion unter den erschwerten Bedingungen der ausländischen Interventionen und des faschistischen Angriffs auf die UdSSR war verbunden mit einer einseitigen Stärkung des Zentralismus in Wirtschaft und Politik und mit der administrativen Behinderung der Entfaltung der schöpferischen Initiative der Massen. Der Übergang zum Kommunismus, der beim gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte in der Sowjetunion zum konkreten Ziel wird, erfordert aber die verstärkte Erziehung der Massen zur Selbstverantwortung und Selbstverwaltung – nur so kann das Abarbeiten des Staates vorbereitet werden. Was Lenin über den Aufbau des Sozialismus sagte, gilt verstärkt für den Übergang zum Kommunismus: „Den Sozialismus aber kann nicht eine Minderheit – die Partei – einführen. Einführen können ihn Dutzende von Millionen, wenn sie es lernen, das selbst zu tun.“ (Referat auf dem 7. Parteitag der KPR(B).) Dies setzt aber voraus, daß die Partei des Proletariats der Initiative der Massen vertraut, nicht daß sie die Massen in ihrer Initiative behindert. Lenin sagte über den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft: „... wir erklären, daß nur derjenige ein wirklicher Sozialist ist, der diese Arbeit in Angriff nimmt und sich dabei auf die Erfahrungen und den Instinkt der werktätigen Massen stützt.“ (Bericht über die Tätigkeit des Rates der Volkskommissare auf dem dritten gesamtrossischen Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegierten.)

Die Massen aber werden ihre schöpferische Initiative nur dann richtig entwickeln können, wenn sie durch den permanenten Dialog mit der Führung darauf systematisch vorbereitet werden. Zur Erziehung der Massen gehört aber auch, daß jedem die Gelegenheit gegeben wird, seine Meinung und Kritik, auch wenn sie irrig sein mag, öffentlich zu artikulieren und zur Diskussion zu bringen. Dazu gehört auch insbesondere das Recht auf Demonstrationen und die Benutzung der vorhandenen Kommunikationsmittel.

Wenn der ständige Dialog zwischen Führung und Massen, die ständige Diskussion auch oppositioneller Meinungen nicht stattfindet, dann darf es nicht verwundern, wenn diese Diskussion in einem von Partei und Öffentlichkeit unkontrollierbaren Bereich sich abspielt. Aber selbst wenn dabei Ansichten artikuliert werden, die im Widerspruch zur sowjetischen Gesellschaftsordnung stehen (diese Frage in einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren wäre die Aufgabe eines Prozesses gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa gewesen), wird man dies kaum auf die konterrevolutionäre Gesinnung einzelner zurückführen können. Im Gegenteil: es muß als ein Versagen der Partei des Proletariats begriffen werden, wenn heute, 50 Jahre nach der großen sozialistischen Oktoberrevolution, eine Kritik an den bestehenden Verhältnissen in der UdSSR nicht mit den Ideen des Marxismus-Leninismus sondern mit bürgerlichen Kategorien geführt wird. Dies erscheint uns (mag es nun in diesem speziellen Fall zutreffen oder nicht) als ein Symptom, das zeigt, wie notwendig es ist, die allgemeine Diskussion über die gesellschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion einzuleiten. Als denkbar günstiges Mittel hierfür würde sich zweifellos eine völlig öffentliche Wiederholung des Prozesses gegen Galanskow, Ginsburg, Dobrowolski und Laschkowa erweisen unter minutiöser Berichterstattung aller Kommunikationsmittel, die erst die allgemeine Diskussion ermöglichen würde. Ziel dieses öffentlichen Prozesses kann es natürlich nicht sein, das Urteil des ersten Prozesses zu bestätigen.

Wir bitten das ZK der KPdSU in diesem Sinne tätig zu werden

Mit sozialistischen Grüßen

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab . . . . . 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zur persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis von DM 5.00 monatlich ( )  
DM 15.00 pro Quartal ( )

überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME: . . . . .

WOHNORT: ( ) . . . . .

STRASSE: . . . . .

DATUM: . . . . .

UNTERSCHRIFT: . . . . .